

Marianne Erdrich-Sommer

Haushaltsrede

vom 7. November 2019



KKreistagsfraktion im Landkreis Esslingen

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Monaten gingen viele junge Menschen bei uns und weltweit auf die Straße, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen. Sie wollen Druck auf die Politik ausüben, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um die dramatischen Klimaveränderungen wirksam zu bekämpfen. Junge Menschen mischen sich wieder in die gesellschaftliche Debatten ein. Sie fordern die Politik, auch diesen Kreistag, sich stärker um das Klima zu sorgen. Das Ziel, die Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen, kann erreicht werden, wenn wir alle Anstrengungen dafür unternehmen. Mit Mut und Zuversicht werden wir das schaffen. Die FridaysForFuture Demonstrationen erzeugen das Bewusstsein für die notwendigen Veränderungen und eventuellen Zumutungen in der Gesellschaft – das ist gut; Gut ist auch, dass die protestierende Jugend ihre Forderungen an die Politik stellt und damit auf die Politik und deren Gestaltungswille vertraut.

„Ihr sollt in Panik geraten“, sagt Greta Thunberg. So eindrucksvoll und wichtig das Engagement und die Breitenwirkung dieser jungen Aktivistin ist, dieser Aufforderung sollten wir nicht folgen. Soll die Klimaerwärmung wirkungsvoll begrenzt werden, muss das Notwendige und Machbare mit klarem Blick, überlegt und mit Zuversicht angegangen werden. Zuversicht entsteht, wenn Menschen sich um eine Idee versammeln. Dann können Dinge erreicht werden, von denen niemand gedacht hat, dass sie erreicht werden können, sagt Hannah Ahrend.

Wir setzen mit der Jugend auf diese Zuversicht und wir setzen auf die Verantwortung für eine kluge und klimaschützende Politik. Wir GRÜNE wollen mit Nachdruck für einen ehrgeizigen und wirkungsvollen Klimaschutz eintreten.

Nachdem das Energieminderungsziel des Landkreises wohl erreicht werden kann, steht nun das integrierte Klimaschutzkonzept auf der Agenda. Die Ergebnisse der Abschlussveranstaltung zur Erstellung dieses Konzeptes machen Hoffnung. „Global denken – lokal handeln!“ wird damit gut umgesetzt. Als Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die drängende Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zu

bearbeiten, ist vielversprechend. Dass dafür auch Finanzmittel im Haushalt von ca. 100.000 € eingestellt wurden, stimmt ebenfalls hoffnungsvoll.

Wir wissen jedoch, dass jedes Konzept nur so gut wie seine Umsetzung nicht nur zu Beginn, sondern auch mittel- und langfristig ist. Dazu werden künftig die in diesem Haushalt eingesetzten Mittel nicht ausreichen. Die finanziellen Ansätze werden in den nächsten Jahren deutlich erhöht werden müssen. Wir sind gespannt, wie in den kommenden Beratungen die guten Ansätze in verantwortungsvolles Handeln umgesetzt werden können.

Mit dem E-Mobilitätskonzept, das den bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur zum Ziel hat, und der emissionsfreien Straßenmeisterei geht der Landkreis gute und innovative Schritte.

Es steht dem Landkreis dabei gut an, sich dem Klimaschutzpakt Baden-Württemberg anzuschließen. Einerseits bekennen sich die Mitglieder zur Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Klimaschutz, sie können aber auch von den verbesserten Förderbedingungen des Landesprogramm Klimaschutz-Plus profitieren mit einem zusätzlichen Förderzuschuss von 10 Prozent. **Deshalb stellen wir den Antrag, diesem Klimaschutzpakt Baden-Württemberg beizutreten.**

Nach einigen konjunkturell guten Jahren, sind die Finanzen des Landkreises in Ordnung. Die Kämmerei hat einen guten und soliden Haushaltsplanentwurf aufgestellt. Nach wie vor ist bedauerlich, dass die Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten nicht vorankommt. Die fehlende Liquidität ist die Folge. Für den Landkreis ein Ärgernis. Wir stellen jedoch auch fest, dass das Land in den letzten Jahren und auch mit dem derzeit diskutierten Doppelhaushalt seine Kommunen gut versorgt. Herr Landrat hat seinen Ärger mit „Prinzip Hoffnung“ überschrieben. Wir wünschen uns, dass alle staatlichen Stellen in Verantwortung mit einander verhandeln und nicht auf offener Bühne und über die Medien den Eindruck einer chaotischen Staatsführung vermitteln. Die Herausforderungen und Veränderungen der Gesellschaft sind sehr groß, die öffentlichen Hände sollten die Bürgerinnen und Bürger nicht mit dem Gezänk um ihr Steuergeld verunsichern.

Sorgenfalten ruft die Verschuldung des Landkreises hervor. Sie steigt wieder um 17 Mio. auf 192 Mio. und wird bis 2023 noch kräftig bis auf 225 Mio. steigen. Sieht man jedoch, welche Investitionen getätigt werden, welche Werte im Landkreis geschaffen werden, kann Entwarnung eintreten, zumal die Abschreibungen höher sind als die Tilgungen, die bezahlt werden müssen. Im Gegensatz zu vergangenen Haushalten der Kameralistik werden heute mit der Doppik die Wertverluste jährlich ausgeglichen und stärker auf die Generationengerechtigkeit geachtet. Die Sanierung der Rohräckerschule, der Neubau Albert-Schäffle-Schule, der Ausbau des ÖPNV mit S2 und U6, der Umbau der Bodelschwingschule, der Neubau des Landratsamtes in Plochingen und nicht zuletzt der Breitbandausbau sind notwendige Investitionen, um für die künftigen Veränderungen gerüstet zu sein.

Die Schulgebäude sind damit weitestgehend saniert und in sehr gutem Zustand, nun muss dafür gesorgt werden, dass die Landkreisverwaltung in Esslingen ihre Arbeit in guten Arbeitsbedingungen leisten kann. Nur so ist auch das Ringen um gute Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewinnen. Deshalb führt am Neubau des Landratsamtes kein Weg vorbei, allerdings mit hohen ökologischen Standards, sollen die Bekenntnisse zum Klimaschutz keine leere Floskel bleiben. Wir werden darauf besonders achten.

Der Landkreis bemüht sich seit geraumer Zeit, das Mobilitätsverhalten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin zur Nutzung des ÖPNV zu ändern, z.B. durch ein hoch subventioniertes Jobticket. Im Klimaschutzkonzept des Landkreises ist die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für die Mitarbeiter vorgesehen. **Angesichts des sich verändernden Mobilitätsverhaltens ist es nicht mehr zeitgemäß, beim Neubau des Landratsamtes in Esslingen für viel Geld und auf die Dauer von 50 Jahren eine hohe Zahl von Parkplätzen vorzuhalten. Mit einer Reduktion der Stellplatzzahl auf das gesetzliche Maß kann eine Lenkungsfunction erzielt werden. Wir stellen dazu einen Antrag.**

Die eingesparten finanziellen Mittel können und müssen gezielt für eine verbesserte Anbindung des Landratsamtes an den ÖPNV eingesetzt werden, z.B. durch eine schnelle Busverbindung mit guter Frequenz vom Bahnhof zum Landratsamt, eine direkte Bushaltestelle am Landratsamt und der Einrichtung und Förderung von Fahrradleihstationen am Landratsamt und am Bahnhof. Das macht die Nutzung des ÖPNV für Beschäftigte attraktiver.

Unsere Region lebt von der Mobilität der Menschen. Wollen wir nicht in Abgasen ersticken und zu viel Zeit im Staus verbringen, muss es gelingen immer mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umzulenken. Mit der Tarifreform des letzten Jahres ist ein wichtiger Schritt gegangen worden, der gerade die Querverbindungen im Landkreis, wie die meisten anderen Strecken deutlich billiger gemacht hat. Die Vereinfachung und Vergünstigung der Fahrpreise hat mehr Nutzer des ÖPNV gebracht, allerdings reichen die Mehreinnahmen nicht aus, die Fahrpreissenkungen und Kostensteigerungen seit April auszugleichen.

Nachdem nun der Verkehrsminister eine zusätzliche Finanzierungszusage für die nächsten 5 Jahre angeboten hat, unterstützen wir GRÜNE eine Nullrunde 2020. Zum einen ist die Tarifreform keine 12 Monate her und daher eine Erhöhung schwer vermittelbar. Zum anderen machen die Verspätungen und Ausfälle der letzten Monate eine Erhöhung der Preise den ÖPNV ebenfalls nicht akzeptabel. Schlechtleistung darf nicht teurer werden! Für uns ist wichtig: die Infrastruktur der S-Bahn muss funktionieren und zügig ertüchtigt werden. Investitionen in zuverlässige Busse und Bahnen, engmaschig getaktet, stehen künftig vor dem Ziel der Fahrpreissenkung. Auch wenn für uns mittelfristig ein kostengünstiger Preis, wie z.B. das 365 Ticket sehr erstrebenswert ist.

Die Müllgebühren steigen seit längerer Zeit erstmals wieder moderat an. In einer der nächsten Tagesordnungspunkte steht das auf der heutigen Tagesordnung. Da der Landkreis im Vergleich nach wie vor relativ günstige Gebühren hat, ist die Erhöhung unseres Erachtens in Ordnung.

Wir sorgen uns allerdings um die Müllvermeidung. Vermeidung des Mülls muss die oberste Priorität haben vor einer ökologisch sinnvollen Verwertung und einer sicheren Entsorgung. Wir wollen deshalb, dass der AWB ein umfängliches Konzept zur Abfallvermeidung inklusive Öffentlichkeitskampagne durch ein Fachbüro erstellen lässt. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Umsetzungshilfen zur Müllvermeidung an die Hand geben. Das spart Ressourcen und zeigt alternative Handlungsoptionen z.B. bei der Verpackung auf. **Wir stellen dazu einen Antrag.**

Die Herausforderungen im Sozialbereich sind sehr groß und außerordentlich vielfältig.

Drei Themen wollen wir in dieser Beratung besonders beleuchten:

1. Frauen helfen Frauen, die Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

In Esslingen, Kirchheim und auf den Fildern arbeiten Beratungsstellen im Landkreis, mit leider stetig steigenden Beratungszahlen. Zeitnahe Beratung und Begleitung betroffener Frauen und Kinder hilft, aus der Gewaltspirale auszusteigen auch ohne einen teuren Platz im Frauen- und Kinderschutzhaus zu belegen. **Wir stellen dazu einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse.**

2. Familien von Kindern mit Handicaps

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll auch für Familien mit Kindern mit Handicap möglich werden. Daher wollen wir, dass auch diese Familien dank mehr qualitativ geeigneter **Ferienbetreuungsangebote** entlastet werden. Dabei wünschen wir uns vor allem im Schulkindbereich den Ausbau und die verstärkte Förderung inklusiver Angebote, im Sinne einer bereichernden Erfahrung für alle Beteiligten.

Die **Öffnungszeiten der Kindergärten an den SBBZ**, die nicht denen der Regelkindergärten entsprechen und die Schulferienzeiten aussparen, wollen wir im Ausschuss besprechen. Und bezüglich der **Kurzzeitpflege** für Kinder mit Handicaps wollen wir Auskunft über den Sachstand. **Dazu stellen wir drei Anträge.**

3. Integration

Die Aufgabe der Integration stellt weiter eine große Herausforderung für die Verwaltungen des Landkreises und der Kommunen, genau wie für die Gesellschaft dar. Mit dem Integrationskonzept hat sich der Landkreis dafür gut aufgestellt. **Nach unserer Überzeugung gehört in dieses Konzept fest die sprachmittlergestützte Behandlung traumatisierter Geflüchteter durch den Verein „refugio“**

aufgenommen. Eine verlässliche Finanzierung ist u.E. dafür erforderlich. Auch hier stellen wir einen Antrag.

Meine Damen und Herren,

wir wissen, dass Freiwilligkeitsleistungen dauerhaft den Haushalt belasten. Dennoch stellen wir hier diese Anträge. Bei einem Hebesatzvolumen von 278 Mio. Euro sind die Summen für die Anträge, die wir hier stellen prozentual kaum darstellbar, die Hilfen aber besonders notwendig.

Im Sozialbereich, aber auch in vielen anderen Bereichen der Landkreispolitik, wird nach Konzeptionen und Umsetzungsplänen gearbeitet und regelmäßig kommen neue Konzepte hinzu. Wir begrüßen das sehr. Allerdings kann der Kreistag die Umsetzung dieser Pläne nur begleiten und steuern, wenn regelmäßig und strukturiert über den Stand der Umsetzung berichtet wird. Bei einigen Vorhaben wird dies bereits praktiziert, bei anderen bisher weniger. **Deshalb stellen wir den Antrag, in einem festgelegten, sinnvollen Rhythmus in den zuständigen Ausschüssen über den Stand der Umsetzung der Konzepte zu berichten und über ggf. notwendige Anpassungen inhaltlicher, zeitlicher und finanzieller Art zu beraten.**

Kinder- und Jugendschutz beschäftigen uns sehr. Mit der endgültigen Verabschiedung der Rahmenkonzeption Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Esslingen, wurde aus unserer Sicht insbesondere die offene Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen Schritt vorangebracht. Wir begrüßen es, dass in der Folge der Rahmenkonzeption nun das Thema der Qualitätssicherung angegangen werden soll. Genauso wie die Rahmenkonzeption gemeinsam mit den Trägern und Akteuren der offenen Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet wurde, muss dies auch für die Erarbeitung eines tragfähigen und praxistauglichen Qualitätsentwicklungskonzeptes gelten. Dafür werden wir werben.

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatung wurde von uns nach den „tragfähigen Netzen“ im Landkreis gefragt, wenn Familien den Schutz der Kinder nicht gewährleisten können. Die Antwort war erfreulich klar: Hilfe hat oberste Priorität, keine Wartezeiten, eine Rund-um-die-Uhr Rufbereitschaft und Inobhutnahme jederzeit möglich. Dafür danken wir an dieser Stelle herzlich.

Darüber hinaus so lautete die Auskunft „kann im Landkreis eine breite Palette an ambulanten und stationären passgenauen Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zeitnah ermöglicht werden“. Wie sich die Lage bei den mengenmäßig bedeutungsvollsten ambulanten Hilfen darstellt, interessiert uns dabei besonders und wir werden im Ausschuss darauf zurückkommen.

Fast jeder dritte Mensch in Deutschland hat in den letzten zwei Jahren Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht. Diskriminierung beeinträchtigt das Leben der betroffenen

Menschen nachhaltig, besonders dann, wenn sie mit der Erfahrung alleingelassen werden. Gerade heute, wo Antisemitismus wieder an der Tagesordnung ist und in den Schulen Mobbing und Diskriminierung um sich greifen, muss diesen Tendenzen entgegengewirkt werden. **Wir wollen wissen, welche Arbeit die Antidiskriminierungsstelle leistet und möchten sie deshalb im zuständigen Ausschuss hören. Dazu stellen wir einen Antrag**

Nach einigen Jahren, in denen Jugendliche wenig Interesse an Politik hatten, ist das Engagement junger Menschen an den Belangen der Gesellschaft wieder deutlich gestiegen – ich habe dies schon eingangs erwähnt.

Sehr begrüßt wird von uns deshalb auch die Fortsetzung und Verstetigung der Aktivitäten auf Landkreisebene zur Jugendbeteiligung. Wir brauchen viele junge Menschen, die sich im demokratischen Wettstreit um die besten Lösungen der anstehenden Probleme erproben. Hierzu sind wir schon sehr gespannt auf die Ausführungen des Kreisjugendreferates in der kommenden Sitzung.

Auch dieser Haushalt enthält viel Gesprächsbedarf, um gute Entscheidungen zu treffen und den Landkreis für die kommenden Herausforderungen zu rüsten. Wir freuen uns auf die Diskussionen mit Ihnen und der Verwaltung und hoffen auf eine weiterhin so faire und wertschätzende Debattenkultur wie bisher.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.